

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Rieser. Druck: Rieser.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Rieser, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfach: Rieser 21000. Druck: Rieser Nr. 52.

Nr. 214.

Dienstag, 14. September 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustagengebühr, bei monatlicher Anlieferung monatlich 4.10 Mark ohne Zustagengebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht abgenommen. Preis für die 4. Seite des Grundstücken-Blattes (7 Spalten) 1.10 Mark, Preis für die 2. Seite des Grundstücken-Blattes (7 Spalten) 1.— Mark; je nach Umfang und Inhalt des Anzeigens. Besondere Bedingungen für Inserate in den Sonntags- und Feiertagsausgaben: Rieser. Die Redaktion ist an der Adresse: Rieser, Postfach 21000. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anzeigen oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Köhler, Rieser; für Anzeiger: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Anerkennung als Wohnungsnottstandsgemeinde.

Das Landeswohnungsamt hat für die Gemeinde Wörth die Bestimmungen in §§ 5 und 6 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter und in §§ 2-5 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, beide vom 23. September 1918, in der Fassung vom 22. Juni 1919 mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß der Gemeindevorstand an Wörth verpflichtet ist, Anordnungen nach § 5 der Mieterschutzbekanntmachung zu treffen. Großenhain, am 11. September 1920. 1482 e.C. Die Amtshauptmannschaft.

Anerkennung als Wohnungsnottstandsgemeinde.

Das Landeswohnungsamt hat für die Gemeinde Schalten die Bestimmungen in §§ 5 und 6 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter und in §§ 2-5 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, beide vom 23. September 1918, in der Fassung vom 22. Juni 1919 mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß der Gemeindevorstand an Schalten verpflichtet ist, Anordnungen nach § 5 der Mieterschutzbekanntmachung zu treffen. Großenhain, am 13. September 1920. 1388 e.C. Die Amtshauptmannschaft.

Verkaufspreise für Obst und Gemüse betr.

Es ist übermäßig festgestellt worden, daß in dieser Stadt von den Kleinhändlern immer noch übermäßig hohe Preise insbesondere für Obst gefordert werden, welche oft auf zu hohe Einkaufspreise zurückzuführen sind.

Die Kleinhandelspreise sind laut Bekanntmachung des Kommunalverbandes Großenhain vom 11. August 1920 für Tafeläpfel und Tafelbirnen auf 55-70 Pfg. für je 1 Pfund und für Äpfel je nach Art 50-70 . . . 1 . . . als angemessen festgelegt worden.

Die Mitglieder der Ueberwachungskommissionen und der Preisprüfungsstelle werden angewiesen, auf die Höhe der geforderten Preise zu achten, auf die Senkung zu hoch erscheinender Preise hinzuwirken, und, falls dies ohne Erfolg geschieht, jeden einzelnen Fall dem unterzeichneten Stadtrat zur Prüfung zu bringen.

Wir werden in Zukunft alle Waren, insbes. jede Gemüse- und Obstsorten mit Beschlagnahme belegen, für welche höhere als die amtlich als angemessen erachteten Preise gefordert werden und bei welchen der Einkaufspreis nicht nachgewiesen werden kann. Die beschlagnahmten Waren werden handelsmäßig unter Einhaltung der angemessenen Preise an die Einwohner verkauft abgegeben werden.

Wir unterlassen nicht, die dringende Aufforderung an die Einwohner zu ergehen, höhere Preise nicht zu zahlen und selbst Anzeigen in unserer Polizeiwache zu erheben. Allein unter tätiger Mitwirkung der gesamten Bevölkerung wird es möglich sein, den notwendigen Preisabbau zu erzielen. Der Rat der Stadt Rieser, am 14. September 1920. R.

Freibank-Verkauf in Gröba.

Morgen Mittwoch, den 15. September 1920, nachmittags von 2 Uhr ab findet Verkauf von Rindfleisch statt. Preis pro Pfund 5.—. Der Gemeindevorstand. Gröba (Elbe), am 14. September 1920.

Das Ergebnis von Aix-les-Bains.

Nach der zweiten Unterredung in Aix-les-Bains erklärte Millerand über die Genfer Konferenz: Obwohl George habe über die belgisch-französischen Vorschläge noch gar nicht antworten können, so ist doch die geringste Einwendung gemacht. Ueber die Sowjetfrage sagte er, das zwischen den Alliierten vor acht Monaten abgeschlossene Abkommen, Handelsbeziehungen, keine politischen Beziehungen, sei bisher lokal angewandt worden. Nach dem „Journal“ sagte Millerand, um endlich zum Frieden zu kommen, habe man schon erklärt, es solle sich um die Wahrung der französischen Interessen handeln. In der Abfrage bleibe es bei der englisch-französischen Politik von San Remo: keine Intervention irgendwelcher Art.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet aus Aix-les-Bains: Das bedeutungsvolle Ereignis der Zusammenkunft ist die sichere Vertagung der Genfer Konferenz, wenn nicht deren vollständiges Scheitern. Der Bericht auf diese Konferenz wird sehr wahrscheinlich in Frankreich ohne Bedauern aufgenommen werden, wo man bekanntlich der Ansicht ist, daß das Verfahren vor der Reparationskommission der Weisheit die erste Verhandlung mit Deutschland vorzuziehen ist. Die der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ aus Aix-les-Bains weiter meldet, richteten sich die Wölfe, die bisher die französisch-italienischen Beziehungen beschattet hätten, da die Italiener ihre wahren Interessen jetzt besser einschätzen, und auf beiden Seiten der Wunsch obwalte, zu einer intimen und dauerhaften Entente der beiden großen Länder zu kommen. Diese Darstellung der Agence Havas stimmt nicht ganz überein mit einer Meldung aus Rom, wonach die Bewegung zwischen Giolitti und Millerand in Aix-les-Bains in Italien ohne große Hoffnungen verfolgt werde. Giolitti hat bei diesem ersten Zusammentreffen mit dem französischen Ministerpräsidenten alles vermieden, was ihn in einen scharfen Gegensatz zu der französischen Auffassung bringen könnte. Man betrachtet in dieser Zusammenkunft daher nichts anderes als einen Akt der Höflichkeit und der politischen Klugheit.

Der Pariser „Temps“ führt in seinem Vorkriegsbericht über die Zusammenkunft von Aix-les-Bains aus: Nach den Zeitungsberichten zu urteilen, hätten Millerand und Giolitti in Aix-les-Bains Unterhaltungen gehabt, deren Charakter als freundschaftlich und realistisch bezeichnet werden könne. Die beste Politik und um die Annäherung Italiens und überhaupt aller Völker Mittel- und Osteuropas an Frankreich herbeizuführen, bestehe darin, daß man diesen Völkern die materielle Möglichkeit bietet, sich ausbreiten zu können, zu arbeiten und Wohlstand zu erwerben.

Lloyd George für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Giolitti, der, wie bekannt, gegenüber den ehemaligen Gegnern eine Politik der Verständigung vertritt, hatte von Lloyd George in Luzern die sofortige Aufnahme Deutschlands und Österreichs in den Völkerbund verlangt und erklärt, daß dies das einzige Mittel sei, um aus dem politischen Chaos herauszukommen. Lloyd George hat, wie jetzt hier bekannt wird, sich diesem Verlangen Giolittis zum Teil angeschlossen und erklärt, wenn Deutschland und Österreich weiter ihren guten Willen bei der Erfüllung des Friedensvertrages zeigen, der Aufnahme dieser Staaten im Laufe des kommenden Jahres nichts im Wege stehe. — Die durch die amtliche Veröffentlichung über die Zusammenkunft Giolittis mit Lloyd George zu Tage getretene Enttäuschung ist nach informativischen Aufstellungen aus der Umgebung Giolittis einer günstigeren Auffassung gewichen. In politischen Kreisen wird erklärt, daß Giolitti in Luzern eine gemäßigtere Behandlung der durch den Friedensvertrag von Versailles noch zu lösenden Fragen erreicht habe.

Daß es Lloyd George und Giolitti jedoch nicht leicht werden wird, sich Frankreich gegenüber durchzusetzen, lassen die folgenden Ausführungen des „Echo de Paris“ über Deutschland und den Völkerbund erkennen: Es kommt uns zu Ohren, daß neuerdings die Vertreter Englands im Völkerbund wieder den Gedanken aussprechen, demnach die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund vorzuschlagen. Um eine neue Ursache zu Streit und Konflikt, die diesmal für die Entente cordiale fatal sein könnte, zu vermeiden, ist es von Wichtigkeit zu erklären, daß die französische Regierung entschlossen ist, sich einer derartigen

Maßnahme unerschütterlich zu widersetzen. Der Deutsche erst einmal Mitglied des Völkerbundes, so würde es unvermeidlich einen Sieg im ausführenden Rat beanspruchen und ihn schließlich bekommen. Bald wäre es dann auch im Direktorium. Man denke sich dann nur, wie die Angelegenheiten des Saargebietes und Danzigs verlaufen würden, um nicht von anderen zu sprechen, wenn die dafür notwendigen Maßnahmen durch von einem deutschen Delegierten abhängig wären. Deutschland darf nicht im Völkerbund erscheinen, solange der Versailles Vertrag nicht ausgeführt ist, oder der Völkerbund muß auf die Funktionen verzichten, die er in der Abicht, diesen Vertrag auszuführen, ausübt.

Schiffsabkommen einer amerikanischen Gesellschaft mit dem Norddeutschen Lloyd.

Wtb. Bremen, 13. September.

Neumanns Telegraphisches Büro meldet: Die zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der United States Mail Steamship Co. in Newport geknüpften Verhandlungen über ein Zusammenarbeiten dieser Gesellschaften im deutsch-amerikanischen Schiffsverkehr sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Während nach dem amerikanischen Gesetz die U. S. Mail die Führung ihrer Geschäfte in Amerika selbst in die Hand nehmen muß, hat der Norddeutsche Lloyd die Generalvertretung für die U. S. Mail in Zentralamerika übernommen.

Die U. S. Mail Steamship Co., eine vor kurzem in Newport gegründete Gesellschaft, hinter der einflussreiche amerikanische Interessenten stehen, hat von dem amerikanischen Shipping Board den größten Teil der in Amerika belandeten früheren deutschen Passagierdampfer übernommen, u. a. die früheren Norddeutschen Lloyd-Dampfer „George Washington“, Kaiser Wilhelm II., Kronprinzessin Cecilie, Großer Kurfürst, Köln, Redar, Rhein, Prinzess Irene und Prinzess Alice, sowie die früheren Hamburger Dampfer „America“, Präsident Grant u. a. Diese Schiffe werden jetzt seitens der amerikanischen Gesellschaft vom Shipping Board übernommen und wieder in ihren früheren Zustand versetzt. Zum Teil ist die Uebergabe bereits erfolgt. So befindet sich der frühere Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Rhein“ in Susquehanna zur Zeit mit über 2000 Passagieren, voller Ladung und Post auf der Heimreise nach Newport. Am 22. ds. Mts. wird der Dampfer seine zweite Reise von Newport nach Bremen und Danzig antreten. Die übrigen Dampfer werden nach Beendigung ihrer Reparaturen in Dienst gestellt werden. Die U. S. Mail hofft, daß bereits im Oktober weitere drei Dampfer den Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und der Weiser aufnehmen können.

Der Norddeutsche Lloyd wird der U. S. Mail Steamship zur Unterhaltung der früher vom Norddeutschen Lloyd betriebenen Linien zwischen Bremen und Nordamerika seine Anlagen in Bremen und Bremerhaven, sowie seine wohlbestante Organisation und seine im Laufe von Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen zur Verfügung stellen, um auf diese Weise gemeinschaftlich das früher vom Norddeutschen Lloyd betriebene so blühende Passagier- und Frachtgeschäft von neuem zu beleben. Es ist beabsichtigt, in erster Linie den Dienst Newport-Bremen über Baltimore und daneben einen regelmäßigen Dienst von Boston nach Bremen und von Newport nach Tangier einzurichten. Der Norddeutsche Lloyd ist auf Grund des Vertrages berechtigt, in diese Linien eigene Dampfer nach Maßgabe seines Wiederkaufes einzusetzen. Der Vertrag läuft auf fünf Jahre und kann von da ab durch gegenseitiges Uebereinkommen jährlich verlängert werden.

Wenn auch die künftig auf der Weiser erscheinenden früheren deutschen Schiffe unter fremder Flagge fahren und zum Teil ihren Namen gewechselt haben, so werden sie doch als alte Bekannte in den deutschen Häfen wieder gern gesehen und begrüßt werden. Sind sie doch berufen, die von alter Zeit her gerade zwischen den Vereinigten Staaten und Bremen bestehenden Verkehrsbeziehungen wieder aufzunehmen und mitzuarbeiten an der Wiederherstellung der sommerlichen Verkehrsverbindungen, die die Vereinigten Staaten und Deutschland einst verband. Wenn das Abkommen, wie zu hoffen ist, in diesem Sinne ausgeführt wird und die trotz allem so eng aufeinander angewiesenen Nationen dadurch einander wieder näher gebracht werden, so darf der Vertrag in sommerlicher und politischer Beziehung als ein erhebliches Aktuum auch für Deutschland und Bremen angesehen werden.

Gegen die Einfuhr amerikanischen Getreides.

Wester haben im Reichernährungsministerium Verhandlungen wegen der Einfuhr amerikanischen Getreides oder Mehlens stattgefunden. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß das Ernährungsministerium nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß eine Freigabe der Einfuhr des Getreides oder Mehlens nicht stattfinden dürfe, weil dadurch die Zentralisierung der Erfassung und Verteilung des Brotwechels gefährdet würde. Das Ministerium hat sich jedoch bereit erklärt, wieder in Verhandlungen mit den Vertretern der Reichszentrale zu treten, sobald vonseiten der amerikanischen Botschaften eine neue Kurulassung vorliegt, da das Angebot durch die nunmehrige gewordenen Valuta inzwischen gegenstandslos geworden sei. Die nach Eingang der Unterlagen stattfindenden Verhandlungen sollen unter Einziehung des Reichsfinanzministeriums erfolgen.

Aufhebung der Kartoffellieferungsverträge. Der deutsche Kartoffelgroßhändlerverband Berlin-Tübingen hat folgende Drahtung an das Reichernährungsministerium geschickt: Infolge der Kartoffellieferungsverträge sind die Landwirte, ermuntert durch die vom Reich gewährte Preisgarantie, ermuntert durch die vom Reich gewährte Preisgarantie, 30 Mk. pro Zentner fordern zu können, während die Verbraucher bedeutend weniger zahlen wollen. Der Kartoffelhandel muß daher bereit eine abwärts gerichtete Entwicklung einnehmen, wodurch die Winterernte für gefährdet wird. Wir verlangen wiederholt eine sofortige schriftliche Erklärung darüber, daß das Reichernährungsministerium nicht gewillt ist, die Kartoffellieferungsverträge, deren Nichtumgänglichkeit außer allem Zweifel steht, durch Verwaltungsverfügung zum Schanden der Kartoffelbauern durchzuführen.

Sabotierung der freien Fleischwirtschaft. Dem Vernehmen nach kaufen Händler in Schleswig-Holstein bereits jetzt vor Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch große Mengen Vieh zu hohen Preisen auf. Aus anderen Gegenden wird gemeldet, daß den Bauern von den Händlern der Markt gegeben wird, vor dem 1. Oktober überhaupt nichts mehr zu verkaufen oder abzuliefern und daß sie ihnen gleichzeitig für höchste Preise nach Aufhebung der Zwangswirtschaft garantieren. In einer gemeinsamen Versammlung der deutschen Organisationen, welche am 19. d. Mts. in Hannover stattfand, werden diese über die Grundlagern eines gemeinsamen Vorgehens gegen die herabsetzende Preisbildung Beschlüsse gefasst. Als Maßnahmen gegen den Fleischwucher kamen in Betracht die Konfiszierung der Händler und Viehhändler, die Forderung von Schlachtsteuern und die Verpfändung zum Ausbannen der Preise.

Amerikanische Milchläufe für Deutschland unterwogen. Nach einer Meldung der „Verl. Post“ aus Texas ist der erste Transport Milchläufe nach Deutschland, von deutsch-amerikanischen Farmern zusammengestellt, nach Deutschland abgegangen. Ein Vertreter der deutschen Regierung hat die Sendung von Texas aus selbst auf den Weg bringen helfen und hat den Bauern den Dank der deutschen Regierung ausgesprochen. — Eine Vertäugung der Weidung bleibt abzuwarten.

Regierungsumbildung oder Neuwahl.

Innerhalb der Parteileitung der S.D. bestehen zwei Strömungen, die eine für einen Eintritt der Weidreitssozialisten in die gegenwärtige Regierungskoalition, die andere gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, auf der anderen Seite erstreckt innerhalb der Deutschen Volkspartei ein starker Flügel die Klänge zu der parteipolitisch günstigeren Oppositionsstellung. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist von seiten der sozialdemokratischen Richtung, die gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ist, bereits auf den Reichspräsidenten im Sinne einer Auflösung des Reichstages gewirkt worden. Die Führer der Weidreitssozialisten glauben, daß ihre Partei bei Neuwahlen ungleich besser abschnitten würde, als am 6. Juni und daß sich für die alte Koalition eine Mehrheit im neuen Reichstage ergeben würde. Für eine Wiederherstellung der alten Koalition würden sich heute jedoch erhebliche Schwierigkeiten ergeben aus der Haltung der Zentrumsfraktion und der Demokraten. In einer jüngst erfolgten Aussprache in der Zentrumsfraktion hat sich ergeben, daß die Partei an dem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei festhält. Die gleichen Anschauungen teilen auch innerhalb der demokratischen Frak-